



Pirna ist bunt?

- **Eine Unterschriftensammlung**
- Im Blick: Zur Diskussion um Wagner
- Im Gedenken: Battle of Cable Street
- Im Blick: Sachsens Demokratie
- Ankündigung: Theresienstädter Konzert

NPD-Stadtrat ohne Eier

Gut gefüllt war das Pirnaer Q 24, auf dessen Bühne ein auserwähltes Podium Platz nahm, um über ein erneutes NPD-Verbot zu sprechen. Auf dieses große Interesse hatte die SPD spekuliert, deren Anwälte Veranstalter_innen waren. Moderiert wurde der Abend deshalb auch von Oberstaatsanwalt Avenarius. Zu den Gästen zählten Stefan Kramer vom Zentralrat der Juden und Markus Ulbig. Der Sächsische Innenminister hatte in den vergangenen Monaten ein Verbotsverfahren abgelehnt. Überrascht dürfte er gewesen sein, dass der überwiegende Teil des Publikum dies ähnlich sah. Die Gründe waren aber sicher unterschiedliche.

Noch vor Beginn der Veranstaltung versuchten mehrere NPD-Anhänger Einlass zu bekommen. Darunter der Pirnaer NPD-Stadtrat Mirko Liebscher. Dem allerdings hatten die Ordnungshüter vorher schon eine Packung Eier abgenommen, die er scheinbar nicht zum Backen dabei hatte. Außer ihm gehörten der NPD-Kreisvorsitzende Hartmut Gliemann und der NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Olaf Rose zur Gruppe. Außerdem hatten sie sich Unterstützung aus Dresden kommen lassen. An der Tür abgewiesen, verschwanden die Kameraden dann aber auch wieder.

Innen hingegen wurde weiter diskutiert. Und auch ohne Nazis eröffneten sich tiefe Abgründe. So zum Beispiel als ein SPD-Genosse die Zurückdrängung der Überfremdung forderte - durch mehr deutsche Geburten. An anderer Stelle gab es Kritik am Vorgehen der Sächsischen Landesregierung gegen Antifaschist_innen. Mit einem Statement in diese Richtung erhielt Stefan Kramer dann wohl auch den meisten Applaus des Abends.

Naziaktionen in und um Pirna

Rund 200 Nazis marschierten am 30. Sep-

tember durch Stolpen. Mit Fackeln und weißen Masken zogen sie gegen Mitternacht durch die Altstadt. Sie warfen Feuerwerkskörper und schüchterten Anwohner_innen ein. In Stolpen sitzt Martin Schaffrath für die NPD im Stadtrat. Schon einmal stand er im Zusammenhang mit den Ausschreitungen nach dem 13. Februar 2010 im Verdacht, diese mit zu organisiert zu haben.



Eine kleine Aktion fand am 08. Oktober in der Pirnaer Innenstadt statt. Dort formierten sich am Nachmittag 20 Nazis mit Holzkreuzen und einem Transparent. Während ihres Aufzuges klebten sie Plakate „Nationalisten gegen Kinderschänder“. Die meisten verschwanden allerdings nach kurzer Zeit in Pirnaer Mülleimern. In den vergangenen Monaten kam es immer wieder zu Plakat- oder Aufkleberaktionen. Die beiden Aufmärsche zeigen eine „neue“ Präsenz.

Gründe für die Zunahme der Aktivitäten könnte es verschiedene geben. Zum einen hatten NPD-Parolen gerade erst in Pirna offene Ohren gefunden, als Unterschriften gegen ein Asylsuchendenheim gesammelt wurden. Aber auch die Konferenz des Nazi-frei-Bündnis könnte Gegenaktivitäten ausgelöst haben, nicht zuletzt animiert die Sächsische Landesregierung seit geraumer Zeit die Nazis, in dem sie antifaschistischen Protest kriminalisiert.



Stolpen und das Phantom einer schlechten Oper

Wer denkt bei einer weißen Maske nicht an das „Phantom der Oper“? Aber bei 200 weißen Masken? 200 weiße Masken, Fackeln und Blitzknaller – das ist die neue Bürgerschreck-Kampagne der rechtsaußen Szene Sachsens! Sie hatte ihre Uraufführung am 01.05.2011 in Bautzen und mittlerweile befinden wir uns einige Akte weiter im Stück.

Die Aussage ist so alt wie die Nazis selber: es wird gewarnt vor dem baldigen Aussterben des „Deutschen Volkes“. Diese Aussage ist so absurd, wie sie alt ist und wird nicht dadurch wahrer, dass Thilo Sarrazin kürzlich mit selbiger Aussage einen Bestseller landete. So wie es in der Geschichte der Menschheit immer Wandel gegeben hat und Bevölkerungsbewegung, so haben sich auch Liebende nie von Grenzen aufhalten lassen und das wird so bleiben.

Die Frage wie viele Kinder geboren werden ist allenthalben eine Frage nach der Zukunftsperspektive von Menschen. Soziale Sicherheit, Glück und eine kinderfreundliche Infrastruktur sind viel wichtiger, als all die fragwürdigen Thesen die von diesen Nazis und ihren Wegbereitern aufgeschrieben und verbreitet werden.

Nun heißt die aktuelle Kampagne der sächsischen Nazibewegung also „Die Unsterblichen“. Unsterblich soll allerdings nicht eine Person sein, sondern in diesem Sinne ein „Volk“. Und so erklären sich auch die weißen Masken: denn es geht nicht um das Individuum, es geht um die Gemeinschaft, in welcher der Einzelne nichts zählt. Die Masken lassen alle Teilnehmenden optisch gleich erscheinen und das ist dementsprechend auch so gewollt. Staatlicherseits hat das im Übrigen zu Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Uniformverbot geführt. Die weißen Masken können in einer anderen Interpretation auch für die angebliche „weiße Rasse“ stehen.

Die Frage drängt sich auf, warum gerade Stolpen? Wenn es nach dem eigenen Anspruch geht, vor der angeblichen „Überfremdung“ zu warnen, dann ist Stolpen ein denkbar schlechtes Pflaster. Der im >> Statistischen Landesamt Kamenz << angegebene „Ausländeranteil“ beträgt in der Burgstadt gerade einmal 0,7 Prozent (Landkreis 1,5 Prozent, Sachsen 2,7 Prozent). Es ist wohl eher die Entfernung zur nächsten Polizeidienststelle, welche die Wahl auf Stolpen fallen lies. Sowohl Sebnitz, als auch Pirna ist rund 20 km entfernt, genug Zeit also, um einen Aufmarsch des Nachts in aller Ungestörtheit durchzuführen. Möglich ist auch, dass die Stolpener Neonazis die Aktion extra „angefordert“ haben. Dies wird nun zu klären sein.

Neu ist vor allem das Konzept des „Bürgerschrecks“. Die „Deutsche Familie“, die hier inhaltlich angesprochen werden soll, hält sicher nicht sonderlich viel von einem mitternächtlichen Aufmarsch, der mit Blitzknallern und Feuerwerkskörpern begleitet wird. Wenn nachts um 1:00 Uhr, rund 200 Nazis mit Fackeln und „Nationaler Sozialismus jetzt!“ Rufen, mit weißen Masken und Böllern in Stolpen einreiten, dann ist damit vielleicht vieles in der Eigenwahrnehmung gewonnen, die Begeisterung der Anwohner_innen aber sicher nicht.

In der Polizeimeldung heißt es, dass es mit dem Eintreffen der Nazis „massive Anrufe“ auf der Notrufnummer der Polizei gegeben habe. Auch wir kennen jede Menge Bürgerbeschwerden bei Parteien und Initiativen in der Region, mit der dringenden Bitte um Hilfe bei der Aufklärung. Wir als Verein können nur dazu auffordern, dass das Thema im Stadtrat von Stolpen angesprochen wird und dem Mandatsträger der NPD klar eine Stellungnahme abverlangt wird.

Autor: Lutz Richter, ist Kreisgeschäftsführer der LINKEN in der Sächsischen Schweiz

Solidarität - Antifaschismus bleibt wichtig!

Am 29. September hat die Mehrheit des Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschusses der Forderung der Dresdner Staatsanwaltschaft nachgegeben und einer Aufhebung der Immunität des Fraktionsvorsitzenden der Linken, André Hahn, zugestimmt. In der nichtöffentlichen Sitzung sprachen sich Vertreterinnen und Vertreter der CDU, FDP und der NPD für und Linke, SPD und Grüne gegen die Fortsetzung eines Strafverfahrens wegen "Verstoß gegen des Versammlungsgesetz" aus.

André Hahn wird vorgeworfen, am 13. Februar 2010 maßgeblich für die erfolgreichen Blockaden hinter dem Neustädter Bahnhof verantwortlich gewesen zu sein. Dass dies Unsinn ist, weiß auch die Dresdner Staatsanwaltschaft. Doch ihr Vorgehen gegen den Pfarrer Lothar König in Jena zeigt die Ignoranz, mit der gegen Antifaschist_innen vorgegangen wird. Erst vor wenigen Tagen erklärte das Amtsgericht Dresden (Aktenzeichen: 270 Gs 662/11): „Die Durchsuchung der Büroräumlichkeiten der Partei DIE LINKE, am 19.02.2011 erfolgte zu Unrecht.“ In seiner Begründung weist das Amtsgericht Dresden ausdrücklich auf Folgendes hin: „Damit ist klaggestellt, dass die Durchsuchungsanordnung der anordnenden Bereitschaftsrichterin vom 19.02.2011 nicht die Durchsuchung der Büroräume der Betroffenen mit umfasst, sodass die Durchsuchung vom 19.02.2011 rechtswidrig erfolgte.“

Das AKuBiZ solidarisiert sich mit allen Betroffenen der „Sächsischen Zustände“. Obwohl die Behörden in regelmäßigen Abständen eine juristische Ohrfeige erhalten, werden weiter unsinnige Ermittlungen eingeleitet. Die Aufhebung der Immunität von André Hahn ist ein weiterer Schritt.

Bundesinnenminister verbietet nazi-stische Vereinigung

Bereits vor einem Jahr durchsuchten Beamt_innen die Wohnungen von mutmaßlichen Mitgliedern der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Nun hat der Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich am 21. September 2011 diese verboten. Damit verbunden waren weitere Razzien in den Ländern Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Verwunderlich ist allerdings, dass in Sachsen keine Maßnahmen durchgeführt wurden.

Denn eine wichtige Person der HNG wohnt in Sachsen. So meldete eine rechte Internetplattform: „[...] der langjährige Aktivist und Vater der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG), Henry Beier, (sprach) in Dresden. Henry Beier, dessen Heimat im Erzgebirge liegt...“ Eine weitere HNG-Suche führt nach Pirna. Zur Jahreshauptversammlung der Organisation im April 2005 referierte der Pirnaer NPD-Stadtrat Olaf Rose.



Foto: www.apabiz.de

Ein Jahr „Extremismusklausel“

Vor einem Jahr beschloss die Familienministerin Kristina Schröder die Einführung der „Extremismusklausel“. Seither hat sich viel bewegt. Gutachten bestätigen die Kritik, Initiativen verweigern die Unterschriften und in den Koalitionsverträgen der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gibt es eine deutliche Absage. Die Klausel hilft nicht in der Demokratietarbeit, sondern sie hat Misstrauen gesät. Davon profitiert lediglich die rechte Szene.

Im vergangenen Jahr haben wir einen Informationsflyer veröffentlicht, um an ein ehemaliges Konzentrationslager zu erinnern, welches in Pirna bestand. Es war ein Außenlager des bayrischen KZ Flossenbürg. Damit wollen wir lokale Geschichte in den Fokus rücken. Es existierten zwei weitere Lager dieser Kategorie im ehemaligen Landkreis Sächsische Schweiz. Auch für diese wollen wir eine öffentliche Wahrnehmung schaffen. Deshalb beantragten wir Geld über den „Lokalen Aktionsplan“ des Landkreises. Unser Projekt wurde - wie das im vergangenen Jahr - als förderwürdig anerkannt. Nur diesmal mit dem Zusatz, eine Unterschrift unter die Klausel leisten zu müssen.

Dies werden wir nicht tun und haben deshalb Widerspruch eingelegt. Die Förderwürdigkeit unseres Projektes steht ja gar nicht zur Debatte, denn der Beirat hat dies ja bereits als demokratiefördernd eingestuft. Also bleibt die Unterschrift zur Klausel lediglich ein Selbstzweck. Sie bietet weder Prophylaxe noch Sicherheit. Wir gehen davon aus, dass die Klausel auch in den Verwaltungen umstritten ist, verhindert sie doch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Schritt des Widerspruchs (oder einer Klage) richtet sich also lediglich gegen die Initiator_innen, die damit aktive Demokratietarbeit verhindern.

Auf einer Pressekonferenz am 6. Oktober in Berlin erklärten Vertreter_innen verschiedener Organisationen, dass die Klausel weiter angelehnt und eine Rücknahme gefordert wird. Neben Steffen Richter (AKuBiZ e.V.), Timo Reinfrank (Amadeu-Antonio-Stiftung) und Sabine Seybt (ReachOut Berlin) stellte Karl Klausel eine neue Kampagne vor.

Mehr Informationen unter
www.ablehnung.blogspot.de



Sächsischer Mus vor dem Durchbruch

Seit einiger Zeit gibt es Ärger in der Gewerbebranche. Die sächsische Firma „Klausels Extremis Mus“ ist verärgert, denn vor einem Jahr bewarb die Familienministerin Kristina Schröder (CDU) ihre „Extremismusklausel“. Karl Klausel, der Inhaber der Mus-Firma, sieht damit Markenrechte verletzt.

In einem Interview mit der Amadeu-Antonio-Stiftung sagt Karl Klausel: „Die Ungeheuerlichkeit mit der uns der Name geklaut, verdreht und unters Volk gebracht wurde, ist unglaublich. (...) Wir haben die letzten Monate damit verbracht zu recherchieren, welcher der Konkurrenten dahinter steckt, haben Gutachten eingeholt, Fragen gestellt und sind dabei auf einen Skandal gestoßen. Vorerst können wir nur sagen: Es ist ein Skandal! Unser Vertrauen in die Geschäftsgebahren dieser Gesellschaft wurde bewusst geschädigt!“ Klausel weiter: „Wir wollen in Freiheit produzieren. Planwirtschaft und Vorschriften – das war gestern! Man denkt manchmal, die arbeiten mit Mitteln wie die Stasi – diese wollte uns auch immer in den Mus spucken. Oh ja, das waren Zeiten – sind aber doch wieder andere Geschichten... Oder doch nicht?“

Mehr: auf der Facebook-Seite
von Klausels Extremis Mus



Pirna - Ort der Vielfalt?

Nach mehreren Bränden im Asylsuchendenheim Langburkersdorf - der letzte war am 25. August diesen Jahres auf Grund eines technischen Defektes - ist ein Teil des Heimes nicht mehr bewohnbar. Die Asylsuchenden wurden danach in verschiedenen Heimen der Landesdirektion Dresden untergebracht. Da der Landkreis jedoch zur Aufnahme von Asylsuchenden verpflichtet ist, muss ein neuer Standort für ein Heim gefunden werden. Bereits im März übte die Landesdirektion Dresden unmißverständlich Druck auf die Landkreisverwaltung aus, weitere Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende zu schaffen. Das Sächsische Staatsministerium erwartete vom Landkreis auf seiner Dienstberatung am 7. April 2011 „Erfolgsmeldungen“. Dazu prüfte, einer Beschlußvorlage an die Kreisräte zufolge, der Landkreis verschiedene Möglichkeiten und schlug die Anmietung der Roten Kasernen vor, da dies die finanziell beste Möglichkeit darstellen würde. Über den Ausbau der Roten Kasernen zum zentralen Heim für mehr als 370 Asylsuchende im Landkreis Sächsische Schweiz sollte in der Kreistagssitzung am 26. September 2011 abgestimmt werden.

Pirnaer Bürger_innen melden sich zu Wort

Mit der Übergabe von Unterschriftenlisten durch Frank Bürger (Vorstandsmitglied der Wohnungsgenossenschaft Pirna-Süd) und Tischlermeister Maik Zimmer an den Landrat Michael Geisler am 23. September 2011 endete ein unrühmliches Kapitel Pirnaer Stadtgeschichte(n). Mittlerweile hat der Landrat erklärt, es werde kein neues Heim in Pirna-Süd geben - aus finanziellen und zeitlichen Gründen. Unterschrieben hatten die rassistisch motivierte Kampagne gegen den geplanten Standort des neues Heimes für Asylsuchende in den Roten Kasernen rund 750 Anwohner_innen und 64 Firmen aus Pirna. Auch auf Facebook meldeten sich Pirnaer_innen zu Wort: so wurde gefordert, die Asylsuchenden in die Euthanasieanstalt auf dem Pirnaer Sonnenstein

zu stecken. Der NPD-Kreisverband begleitete die Hetzkampagne mit einem eigens herausgegebenen Flugblatt. Das muß bei der Wortwahl der Initiator_innen der Unterschriftenlisten auch nicht verwundern, verwendeten sie doch das gleiche Vokabular wie die Neonazipartei. Die vorgebrachte Ablehnung stützt sich auf rassistische Vorurteile. So schreibt eine „besorgte Bürgerin“: „Es ist völlig verständlich, dass die Bewohner um Ihre Sicherheit und Ihr Eigentum bangen. Zumal dahinter auch noch eine Schule ist. Und direkt daneben eine Wohnsiedlung und viele Leute auch für viel Geld Wohnungen und Grundstücke gekauft haben.“

Ohne Argumente dienen rechte Parolen dazu, Angst zu schüren. So werden Asylsuchende zu Dieben (Angst um Sicherheit und Eigentum), zu Drogendealern (Angst um Schulkinder) und würden sogar Wohnpreise drücken.

Dezentrale Lösungen finden!

„Ich bin nicht glücklich damit, dass wir weiterhin auf Gemeinschaftsunterkünfte setzen müssen. Die Empfehlung muss lauten: Dezentralität.“ (Oberbürgermeister Klaus-Peter Hanke in seiner Stellungnahme am 23. September 2011)



Die zentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Heimen ist eine Zwangsunterkunft und verhindert seit jeher eine Integration, da die Menschen ausgegrenzt und häufig auch an den Rand von Gemeinden gedrängt werden.

Die meist traumatisierten Menschen müssen in Mehrbettzimmern ohne Privatsphäre leben. Familien und Frauen werden gezwungen, in überwiegend von Männern bewohnten Heimen zu leben. In den Heimen treffen Menschen aus verschiedenen Ländern mit allen mitgebrachten Konflikten aus ihrer ursprünglichen Heimat aufeinander und tragen diese zum Teil im Heim weiter aus.

Eine Forderung der Flüchtlingsinitiativen ist von daher, die Menschen dezentral in Wohnungen für Familien und Wohngemeinschaften unterzubringen. Dies kann, betreut durch Sozialarbeiter_innen und soziale Projekte, begleitet geschehen. Der Besuch von Kindergärten, Schulen und Weiterbildungen sind Rechte der Flüchtlinge und darum zu gewährleisten. Ein zentrales Heim für Asylsuchende kann nur der Erstaufnahme und dem Beginn einer sozialen Betreuung und Integration dienen.

Die dezentrale Unterbringung ist keine unmögliche Variante. Sie erfordert eine Einzelfallprüfung und steht dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz nicht entgegen 1. So wurden bereits 2007 in Leipzig, Chemnitz und dem Muldentalkreis mehr als 50% der Asylsuchenden dezentral untergebracht. In einer kleinen Anfrage mußte die Staatsregierung 2008 einräumen, dass die Unterbringung von Familien bis drei Personen die gleichen Kosten wie eine zentrale Unterbringung verursacht, ab vier Personen würden die Miet- und festgesetzten Nebenkosten sinken.

Pirna ist Bunt?



Noch zur diesjährigen Pirnaer Einkaufsnacht verteilten die Einzelhändler Postkarten und Briefkastenaufkleber mit der Aufschrift „Pirna ist BUNT.“ Die Idee zu dieser Aktion kam von der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU des Landkreises (MIT), dem Hauptsponsor Ostsächsische Sparkasse Dresden und der Aktion Zivilcourage. Die Hetzkampagne gegen das Flüchtlingswohnheim in Pirna-Süd zeigt, wie

fernab von der Realität die ist Bunt-Kampagnen sind. Sie zeigen eine Realitätsfremde, die von nicht-weißen Bewohner_innen der Sächsischen Schweiz seit Beginn kritisiert wird. Noch immer ist es für Menschen, die in Bezug zur Mehrheitsgesellschaft als „anders“ wahrgenommen werden, in der Sächsischen Schweiz unmöglich, ohne Beschimpfung und Bedrohung zu leben. Daran ändern auch Veranstaltungen wie der Markt der Kulturen nichts, wenn dort weiterhin Migrant_innen als „Kulturobjekte“ präsentiert werden und nicht als Teil der Gesellschaft. Das Leben von Menschen mit Migrationshintergrund ist genauso facettenreich, wie das von Menschen aus Deutschland. Auch in Pirna lebende Bürger_innen haben nicht alle Trachten an oder mögen Kartoffelsuppe. Verwunderlich ist, dass sich bisher keine der Initiator_innen der Kampagne „Die Sächsische Schweiz ist bunt!“ zu der aktuellen Debatte um ein Flüchtlingswohnheim zu Wort meldete. Dabei zeigt gerade diese Diskussion, wie weit wir von einer Willkommenskultur entfernt sind.



Fotos: Integration und Menschlichkeit in Langburkersdorf - auf dem Weg und Im Heim für Asylsuchende

Zum Zustand sächsischer Demokratie

Ein Blick auf die Herangehensweise der Landkreisverwaltung an die Suche nach einem neuen Heimstandort verdeutlicht aber auch einmal mehr ein sehr eingeschränktes Demokratieverständnis. Transparenz des Prozesses, insbesondere der Kriterien, nach denen ein geeignetes Objekt ausgewählt werden soll, war offensichtlich weder für Kreisräte noch für die Menschen in der Südvorstadt vorgesehen, von den unmittelbar Betroffenen, den Asylsuchenden, ganz zu schweigen. Dabei verwies die Ausländerbehörde doch noch vor kurzem stolz darauf, dass es jetzt einen Heimbeirat gibt. Vertraut uns nur, wir machen das schon, war wohl in den letzten Tagen das Motto der Verwaltung. Das hat ja auch, etwas Bequemes. Nur ist das Thema unbequem. Offensichtlich gibt es doch ein paar Menschen, Kreisräte und die AG Asylsuchende beispielweise, die sich gern einmischen möchten. Die Unterbringung von Flüchtlingen sollte weder nach rein materiellen Gesichtspunkten entschieden werden, noch sollte man es denen überlassen, die mit ihren rassistischen Vorurteilen ein friedliches Zusammenleben gefährden.

Deshalb fordern wir, dass

1. der Kreistag, die rassistische Unterschriftenkampagne verurteilt und zu den Asylsuchenden steht.
2. Flüchtlingsvertretungen, wie der Sächsische Flüchtlingsrat und die AG Asylsuchende, neben den Kreisräten und der Verwaltung in die Suche nach einem Heimstandort einbezogen werden.
3. Anwohner_innen gehört werden und die Chance genutzt wird, sachliche Bedenken und Ängste auszuräumen.
4. die Unterbringung der Asylsuchenden zum größten Teil dezentral erfolgt. Familien und Alleinerziehende müssen bevorzugt untergebracht werden. Ein mögliches Heim kann nur

als erster Anlaufpunkt und für die Flüchtlinge, die in dem Heim auch wohnen möchten, genutzt werden.

5. ein mögliches Heim vom Landkreis selbst und nicht durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen betrieben wird. Nur so ist eine Kontrolle der Zustände im Heim durch die Kreisrät_innen jederzeit möglich und der Landkreis für diese verantwortlich.

[1] Erlass des SMI vom 31.01.2001 Az 46-1341.20/1: „Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern/geduldeten Ausländern“

Statement des Pirnaer Oberbürgermeisters Klaus Peter Hanke:

„Bei der derzeit in unserer Stadt geführten Debatte über einen möglichen zukünftigen Standort eines Asylbewerberheims werbe ich um Sachlichkeit.“



Foto: Am 25.08. brannte die obere Etage des Heims in Langburkersdorf ab, das Dach brach ein. Nun befinden sich die Behörden auf der Suche nach einer neuen Unterkunft. Eine dezentrale Unterbringung findet dabei leider keine Mehrheiten. Mehr als zwei Monate nach dem Brand ist noch keine Lösung gefunden.(© ap)

75 Jahre Schlacht auf der Cable Street in London

Kaum Beachtung findet in diesen Wochen das Gedenken an die Auseinandersetzungen im Londoner Stadtteil Eastend. Und das, obwohl sie starke Auswirkungen auf die britischen Faschisten hatten.

Im Oktober 1936 versuchte Oswald Mosley mit mehr als 3000 Anhängern der British Union of Fascists den Aufwind anderer europäischer Faschisten zu nutzen. Jüdische und kommunistische Gruppen erklärten zunächst, ihre Mitglieder sollten der Demonstration fern bleiben, um keine Auseinandersetzungen zu provozieren. Als Mosley dann aber mit seinen Kameraden eintraf, formierte sich erster Protest. Die Faschisten wurden von über 10.000 Polizeibeamt_innen geschützt und prügelnd durch London geleitet. Auch dadurch nahm der Protest schnell zu und erreichte eine Menge von über 300.000 Menschen. Vor allem Jüd_innen, Kommunist_innen und Christ_innen stellten sich den Faschisten in den Weg - warfen sie förmlich aus der Stadt.

Die Niederlage, die damals unter dem Motto „They shall not pass!“ (no pasaran! oder Sie kommen nicht durch!) stand, richtete einen enormen Schaden für die British Union of Fascists an. Vielleicht ist dies ja ein Hinweis auf den Umgang mit Nazi-Demonstrationen auch heute!

Und schon wieder!

Vor wenigen Tagen ist ein neues Gutachten erschienen. Diesmal bestätigt der Juristische Dienst des Sächsischen Landtages die „fragwürdige Verfassungsmäßigkeit“ der Extremismusklausel.

Der GRÜNEN-Abgeordnete Miro Jennerjahn (MdL) erklärt in einer Pressemitteilung:

„Innenminister Ulbig muss Demokratieerklärung sofort abschaffen! Das Gutachten des Juristischen Dienstes ist eine heftige Ohrfeige für CDU-Innenminister Markus Ulbig. Neben der politischen Absurdität gab es immer auch schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken, die jetzt bestätigt wurden.“

Da es nun schon das dritte Gutachten ist, welches die Klausel kritisiert ist allerdings nicht davon auszugehen, dass dieses Gutachten Einfluss auf die Sächsische Landesregierung hat. In einem anderen Zusammenhang erklärte FDP-Politiker Tino Günther in der Morgenpost vom 12. Oktober 2011: „Wenn wir alles verstehen würden, worüber wir abstimmen, könnten wir nicht mehr abstimmen.“ Das ist offensichtlich!

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch das Verlangen nach Abgabe eines Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (...) in nicht gerechtfertigter Weise in das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung eingegriffen wird.“ Auch äußern sich die Verfasser_innen beunruhigt über ein mögliches Wegbleiben von Engagement. Und dies nicht zu Unrecht!

In diesem Jahr konnten wir eine geplante Gedenkaktion nicht durchführen, da erneut eine Unterschrift zur „Extremismusklausel“ gefordert wurde. Gegen diesen Bescheid wurde bereits Widerspruch eingelegt. Das neue Gutachten bestätigt nun erneut unsere Annahme, dass Bekenntniszwang, Generalverdacht und Überprüfung nicht nur politisch, sondern auch juristisch fragwürdig sind.



Foto: Pressekonferenz in Berlin am 06. Oktober - Auswirkungen von einem Jahr Extremismusklausel

Zur Diskussion um Richard Wagner

Nur selten erregte ein Text der attenzio- ne so viel Aufmerksamkeit wie „Die Ehrung eines Antisemiten“. In den meisten Fällen bestätigen die Anmerkungen zum Text unsere Sicht, dass eine Auseinandersetzung mit Wagners Thesen nicht gewünscht ist. Der Volkssänger soll auf seine musika- lischen Leistungen reduziert werden. Aber ist das möglich? Ist es möglich dies zu tun, ohne dabei seine verachtende Haltung gegenüber Jüdinnen und Juden zu ignorieren? Sicher nicht.

Selbstverständlich spielt seine Angst und sein Neid gegenüber den jüdischen Kol- leg_innen eine große Rolle. Aber macht es deshalb seine Verachtung besser? Sicher auch nicht. Wagner veröffentlichte 1850 zum ersten Mal sein antisemitisches Pam- phlet „Das Judentum in der Musik“ - also mit 37 Jahren. Auch 19 Jahre später hat- te sich an dieser Einstellung kaum etwas geändert, den 1869 veröffentlichte er es erneut. Diesmal aber unter seinem richtigen Namen. Sein antisemitischer Hass war Be- standteil seines Lebens und muss deshalb auch im Wagner-Museum Beachtung fin- den. Dies gilt sowohl für die Ausstellung, als auch für eine Auseinandersetzung. Die Reaktionen auf unseren Artikel zeigen aber, dass wir davon noch weit entfernt sind.

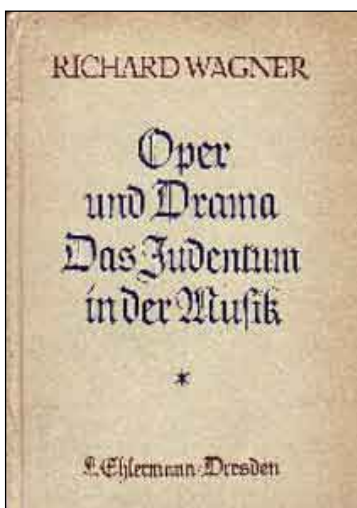


Sächsische - Bitter - Geschmacklos

Kurz vor Weihnachten wirbt die Mus-Firma von Karl Klausel mit einer tollen Geschenk- idee. Der neue Stoffbeutel eignet sich heraus- ragend für den Transport von Extremis Mus oder Extremismusklauseln.

Der Beutel ist eines von drei verschiedenen Artikeln, die über akubiz@gmx.de bestellt wer- den können und Aktionen gegen die Extre- mismusklausel unterstützen. Weitere Angebote und Neuigkeiten zum Thema findet Ihr unter www.ablehnung.blogspot.de

AKuBiZ e.V.
Gartenstraße 37
01796 Pirna



*Foto:
Nur falsch ver-
standen? Wagners
antijüdisches Hetz-
werk „Das Juden-
tum in der Musik“.
Noch Heute wei-
gern sich Wagner-
Fans die Schrift als
das anzuerkennen,
was sie ist: Antise-
mitismus pur!*

Im April dieses Jahres hatte der Verfassungsgerichtshof des Freistaats Sachsen das umstrittene Sächsische Versammlungsgesetz aus formalen Gründen gekippt – und zwar rückwirkend zu seinem Inkrafttreten im Januar 2010. Mit anderen Worten: Sachsen hatte zwischen Januar 2010 und April 2011 kein gültiges Versammlungsgesetz.

Damit könnte laut einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages die rechtliche Grundlage für die von der Staatsanwaltschaft Dresden geführten Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz fehlen. Dies berichtete heute unter Berufung auf dieses Gutachten die taz. Demnach sind die vier Strafverfahren aus 2010 und die 50 aus dem Jahr 2011 möglicherweise rechtswidrig, da eine sogenannte „Strafbarkeitslücke“ besteht. Diese entsteht, weil nach rückwirkender Außerkraftsetzung des Landesgesetzes auch nicht einfach das entsprechende Bundesgesetz einspringen darf. Dieses sieht nämlich für einen Verstoß gegen §21 VersG eine höhere Strafe vor, als das gekippte Landesgesetz und entsprechend könnten die Beschuldigten nachträglich höher bestraft werden. Das aber verstoße laut Gutachten gegen das im Grundgesetz festgeschriebene Rückwirkungsverbot – begehe ich eine Straftat, so muss ich mir sicher sein können, welches Strafmaß dafür zu erwarten ist und kann nicht rückwirkend verändert werden.

Die von der taz zitierte Quintessenz des Gutachtens: „... die Einleitung eines Strafverfahrens für Taten für den Zeitraum zwischen Verkündung und Nichtigerklärung (des Sächsischen Versammlungsgesetzes dürfte) wegen der dargestellten Strafbarkeitslücke nicht möglich sein“. Ob das die Dresdner Staatsanwaltschaft dazu bewegen wird, von der weiteren Strafverfolgung abzusehen, bleibt abzuwarten. Die ersten Prozesse gegen 2011er Sitzblockierer werden ab nächster Woche (Montag,

10.10., 8:30 Uhr) am Amtsgericht Dresden stattfinden. Und auch Linken Fraktionsvorsitzender André Hahn muss mit einem Prozess rechnen, nachdem vergangene Woche die Mehrheit des Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschusses der Aufhebung seiner Immunität zugestimmt hatte.

Statement von Dr. André Hahn

„Das Landtagsplenum hat es in der Hand, auf seiner Oktober-Sitzung das Votum des Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschusses zu korrigieren. Unabhängig davon sehe ich einem möglichen Gerichtsverfahren mit allergrößter Gelassenheit entgegen. Es ist offenkundig, dass die Tausende Menschen, die am 13. Februar des Vorjahres auf der HansasträÙe standen und saÙen, freiwillig gegen Nazis protestiert haben und nicht von mir dorthin beordert wurden, wie die Staatsanwaltschaft behauptet. Es ist ebenso eindeutig, dass ich als einziger Mensch aus Sachsen für das Nichtzustandekommen des europaweit größten Nazi-aufmarsches nur deshalb angeklagt werden soll, weil ich Fraktionsvorsitzender bin. Das aber ist eine politische Missbrauchsverfolgung. Ich habe keinen Zweifel daran, dass dies auch ein unabhängiges Gericht so sehen wird.“



Aktuelle Neuigkeiten und Veranstaltungen im November:

09. November - Der Sächsische Förderpreis für Demokratie

Am 9. November 2011 wird der Sächsische Förderpreis für Demokratie zum nunmehr fünften Mal verliehen. Ausgeschrieben wird der Preis von der Amadeu Antonio Stiftung, der Freudenberg Stiftung und der Sebastian Cobler Stiftung. Mit dem Sächsischen Förderpreis werden gute Praxisbeispiele prämiert und innovative Ansätze unterstützt und befördert, die sich gegen menschenverachtende Ideologien einsetzen. Im letzten Jahr geriet der Preis in die Schlagzeilen, als AKuBiZ die Annahme verweigerte.

Grund dafür war die Einführung der so genannten Extremismusklausel durch die Sächsische Landesregierung. Nun ist sowohl die Landesregierung, als auch die Klausel nicht mehr dabei. Schon jetzt sind die Verantwortlichen mit dem Ergebnis zufrieden - die Anzahl der Bewerbungen ist gut und es haben sich interessante Projekte beworben. So können wir also auf einen guten Abend gespannt sein, an dem sicher auch die Frage nach „Sächsischer Demokratie“ im Raum stehen wird. Die Verleihung des Preises findet am 09. November im Dresdener Hygienemuseum statt.

Musik als Todesverweigerung

In Konzentrationslager Theresienstadt verloren Tausende Menschen ihr Leben bzw. wurden in Vernichtungslager deportiert. Unter den Inhaftierten befanden sich auch viele ausgezeichnete Musiker, die unter schwierigen Bedingungen zahlreiche Konzerte, Opernvorstellungen sowie Kabarettabende für Mithäftlinge einstudierten und veranstalteten. Darüber hinaus sind in dem Ghetto bemerkenswerte neue Kompositionen entstanden. Die wenigen heute erhaltenen Werke sind in der Musikkultur von einzigartigem Wert. Die Moderatorin Dr. Agata Schindler führt mit Erzählungen durch den Abend.

30. Oktober 2011 - 16.00 Uhr - 10/11 Euro
Heilpädagogische Schule Bonnewitz in 01796 Pirna



Impressum:

Die „attenzione“ versteht sich als alternatives Informationsheft des Vereins AKuBiZ e.V.
V.i.S.d.P.: AKuBiZ e.V.
Postfach 100204; 01782 Pirna
Internet: www.attenzione-pirna.de
E-Mail: akubiz@gmx.de
Erscheinungsweise: bis auf weiteres einmal jeden Monat.

Pirna LINKS:

<http://asylsuchende.blogspot.de>
www.akubiz.de
<http://elbsandstein.blogspot.de>
www.vnbd-sachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de
www.attenzione-pirna.de
www.gedenkplaetze.info
<http://ablehnung.blogspot.de>
<http://stimmenausderprovinz.wordpress.com>

Hinweis: Wir benutzen den Unterstrich (z.B. Antifaschist_innen), um geschlechterneutral zu schreiben. Der Unterstrich markiert eine sprachliche Lücke und soll konservatives Geschlechterdenken aufbrechen.